

An
Die Oberbürgermeisterin
die Mitglieder des Jugendhilfeausschuss
Gleichstellungsstelle
sowie den Rat
der Stadt Bochum

Zurück zur Hausfrauenehe mit der Bochumer SPD-Grünen-Koalition? Warum die Vorschläge zu Veränderungen der Kinderbetreuungskosten Geschlechterpolitik aus der Motenkiste sind.

November/Dezember 2009

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

wir – gesellschaftspolitisch interessierte Bochumer Eltern kleiner Kinder – sind entsetzt über die vorgeschlagenen Sparmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Haushalts sicherungskonzept im Bereich der Kinderbetreuung. Sowohl die geplante Verteuerung der 45-Stunden-Betreuung als auch die Aufhebung der Gebührenbefreiung für die Betreuung von Geschwisterkindern erhöhen nicht nur die Lasten für junge Familien, sondern sind auch eine gleichstellungspolitische Rolle rückwärts.

Vorschlag der Stadt: 35h-Betreuung günstiger, 45h-Betreuung teurer

Eine 45h-Betreuung pro Woche ist für eine Vielzahl von Eltern unabdingbar, hervorzuheben sind hier:

- Alleinerziehende und Familien, in denen beide PartnerInnen voll erwerbstätig sind
- Eltern in Ausbildung, Studium und anderen Weiterqualifizierungsmaßnahmen, die entweder in Vollzeit stattfinden oder außerhalb der 35h-Betreuung liegen (Schichtdienst, etc.)
- Familien, die längere Anfahrtswege haben, zur Arbeit pendeln oder auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind
- Eltern, deren Teilzeitarbeitszeiten nicht innerhalb der 35h-Öffnungszeiten liegen
- Eltern, die aufgrund ihrer beruflichen oder anderer Verpflichtungen die Flexibilität eines 45h-Angebots benötigen auch wenn ihre Kinder nicht täglich neun Stunden betreut sind
- Eltern, die weitere Kinder haben, die nicht in derselben Einrichtung betreut werden (z.B. Schulkinder)

Die Förderung der 35h-Betreuung ist ein verheerendes Signal: Für viele berufstätige Alleinerziehende ist ein Verzicht auf eine Ganztagsbetreuung unmöglich, wenn sie ihre Arbeitsstelle behalten wollen. Dabei ist bekannt, dass die Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden maßgeblich dazu beiträgt, Ein-Eltern-Familien dauerhaft aus dem SGBII-Bezug heraus zu halten. Hier negative Arbeitsanreize zu setzen, erscheint vor dem Hintergrund möglicher Folgekosten gerade auch für die Kommune, die durch den Bezug von Arbeitslosengeld II entstehen, kontraproduktiv.

Für Paare reicht eine 35h-Betreuung nur für 1,5 Stellen: das klassische Modell des Männlichen-Ernährers-weiblicher-Zuverdienerin wird damit unterstützt, Frauen in tendenziell unsichere und prekäre Teilzeitarbeitsverhältnisse gedrängt. Dass solch eine Rollenverteilung sowohl die eigenen Kinder als auch das gesellschaftliche Umfeld beeinflusst und damit langfristig zur Zementierung tradierter Rollenbilder beiträgt, ist ebenfalls zu erwarten. Gerade für das Ruhrgebiet, das von der demografischen Entwicklung früher als andere Regionen Deutschlands betroffen sein wird, sind Frauen von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vakant werdenden Stellen kompetent zu besetzen.

Vorschlag der Stadt: Abschaffung des Geschwisterbonus

Bisher fallen in Familien mit mehreren Kindern unter sechs Jahren nur die Betreuungskosten für ein Kind an. Dies ist eine politisch sinnvolle Maßnahme, nicht nur, weil sie Familien mit mehreren kleinen Kindern unterstützt. Je höher die Betreuungsausgaben von Familien – die sich mit der Abschaffung des Geschwisterbonus verdoppeln können – sind, desto eher müssen sie überlegen, ob sie ihre Kinder frühzeitig bzw. mit längeren Betreuungszeiten in Betreuung geben können. Gerade Frauen, die i.d.R. das niedrigere Einkommen haben, wägen ab, ob es sich „lohnt“ zu arbeiten oder ob sie ihre Kinder unter diesen Bedingungen selbst betreuen (müssen). Insbesondere Eltern von kleinen Kindern unter zwei Jahren werden sich überlegen, ob sich eine Betreuung rechnet – schließlich fallen für die Kleinen höhere Beiträge an als für 2- bis 6-jährige Kinder. Das ist von der Wirkung fatal, weil damit gerade denjenigen Eltern, die nach Bezug des Elterngelds wieder in den Beruf einsteigen wollen, signalisiert wird, dass sie lieber bei ihren Kindern bleiben sollten.

Das alles klingt nach einer Mogelpackung: Ein bisschen sollen die Frauen ja arbeiten, aber nicht zu viel. Wir fordern die Stadt dringlichst auf, von diesen Kürzungen Abstand zu nehmen!

Wie oben schon angeführt, dürften sich diese Maßnahmen in der Summe für die Stadt – insbesondere längerfristig – nicht rechnen. Auch wenn es kein Massenphänomen sein wird: Der Rückzug von Frauen und Alleinerziehenden aus dem Arbeitsmarkt bedeutet erstens ein sinkendes Haushaltseinkommen der betroffenen Familien, was zu konkret niedrigeren Elternbei-

trägen und damit sinkenden Einnahmen der Kommunen führt. Zweitens verfallen gleichzeitig Qualifikationen von Frauen, die als Arbeitskräfte in absehbarer Zeit dringend benötigt werden. Und drittens – und das unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern – macht es den Standort Bochum als Wohnort von Familien insbesondere mit kleinen Kindern wenig attraktiv. Familien werden sich überlegen, ob sie in Bochum wohnen möchten.

Wir fordern Sie, liebe Frau Oberbürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren, daher auf, die Prämissen und Konsequenzen nicht nur der hier diskutierten Sparvorschläge des Haushaltssicherungskonzepts auf ihre expliziten und impliziten Prämissen und möglichen Wirkungen hin zu überprüfen. In unserem konkreten Fall heißt das: keine Änderung bei der Kostenstruktur 35h-/45h-Woche – keine Abschaffung des Geschwisterbonus!

Ansprechpartnerinnen:

Catherine Gregori, Ehrenfeldstr. 18, 44789 Bochum, Telefon: 5167776, c.gregori@gmx.de

Charlotte Ullrich, Erbhof 1, 44791 Bochum, charlotte.ullrich@gmx.de